

Hallesche Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mitteldeutschland

Ersteinst modernisiert am Samstag, am Sonntag als Beiblatt. Die Bezugs-Gebühr beträgt in Stadt und Land jeweils durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 30.00, in den Postgebieten abwärts M. 37.50 monatlich. Die abgesetzten Anzeigen-Belegblätter kosten im Oktoberheft M. 3.00, im ausserordentlichen Heft M. 6.00. Restnummern des Oktoberheftes M. 15.00 im Oktoberheft und M. 20.00 im ausserordentlichen Heft. Anzeigen-Gebühr: Je ein Liter vermittlungs.

Geschäfts-Gebühren: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstrasse 17. Fernsprecher-Samstag: Samstags-Nummern 1140 und 1142. Stadt-Verkehrsamt: Markt 24. Druck-Verkehr: „Landeszeitung Halle a. S.“. Druck-Verkehr: Banhaus Reiheloh Ederne, Halle a. S. Postfach-Nummer: Leipzig 22915. Verlagsort und Druckort: Halle a. S. der Coale. Bezugs-Einstellungen sind nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluss des laufenden Monats zulässig.

Reichskonferenz über die Teuerung.

Beratungen unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten / Unterbrechung, kein Abbruch der Verhandlungen mit der Repto. / Der Gegenorschlag

Die wirtschaftliche Not.

Beratungen der Reichs- und Staatsbehörden. Berlin, 26. August. Offiziell wird folgendes bekanntgegeben:

Die steigende wirtschaftliche Not, die sich weitestgehend bemerkbar macht und sich in den letzten Tagen durch die unzureichende Entwertung der Mark nicht mehr zu vermindern droht, ist Gegenstand ernster Sorge der Reichsregierung. In einer gemeinsamen Besprechung der beteiligten Minister des Reichs und Preussens, die gestern nachmittags unter dem Vorsitz des Reichsministers stattfand, wurde eine Reihe von Vorschlägen geprüft, die auf die Verringerung dieser Notlage abzielen. Es wurden verschiedene Maßnahmen ins Auge gefasst, die die zuständigen Minister beauftragt, ihre Vorschläge hierzu einem Ministerrat vorzulegen, der heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammenzutreten wird. Für Montag werden die Ministerpräsidenten und Innenminister der Länder zu einer gemeinsamen Beratung mit der Reichsregierung nach Berlin gebeten werden.

In den Beratungen über die Teuerung und über Maßnahmen zu ihrer Verringerung werden die Vorschläge, die die deutschen Gewerkschaften am Donnerstag dem Reichsminister unterbreitet haben, eine gewichtige Rolle spielen. Ein Teil davon ist allerdings derart, daß er von der Regierung nicht glatt abgelehnt werden muß. Andere Punkte sind aber durchaus diskutabel und verdienen Beachtung, bei der Zwangslage, die zum Eingreifen gegen die Verschärfung der Teuerung nötig ist, ein geeignetes Instrument zu geben. Die Gewerkschaften verlangen:

1. Maßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschaft, Finanz- und Währungsreform:
1. Einschränkung der Einfuhr auf das geringstmögliche Maß, insbesondere Unterbindung der Einfuhr von Luxusartikeln durch Einfuhrverbote oder stärkere Anspannung der Einfuhrbeschränkung. Als Luxusartikel werden unter anderem genannt: Zigarren, Zigaretten, Tabak, Bier, Tee, Schokolade, Pelz und Seide. Wie weit auch Käse darunter fallen soll, bedarf eingehender Erwägung.
2. Erhöhung der Einfuhrabgaben. Seit längerer Dauer des gegenwärtigen Zustandes Nachprüfung aller Tarifpositionen auf die Möglichkeit einer besonderen Veranschlagung über die allgemeinen Tarife. Die Regierung hat bekanntlich bereits eine Erhöhung der Einfuhrabgaben im mäßigen Umfange vorgeschlagen. Die Gewerkschaften wünschen eine besondere Nachprüfung, um eine weitere Erhöhung der Einfuhrabgaben für besonders reaktionäre Positionen durchzuführen.
3. Kontrolle des Devisenhandels mit dem Ziele, daß nur derjenige ausländische Devisen erhält, der sie lediglich für den Hausbedarf und für den Ausland braucht. Verbot der Devisen speculation und Beschränkung aller darin erzielten Umsätze.
4. Vorbereitung der notwendigen Maßnahmen zur Aufhebung einer inneren Goldentwertung unter Beachtung der Sachverhalte zur Deutung einer solchen.
5. In Verbindung damit Vorbereitungen für eine Stützleistung der deutschen Währung.
6. Reichere Einziehung der Einkommensteuer. Die hier vorgeschlagenen Vorläge der Gewerkschaften scheinen durch die letzten Regierungsmassnahmen bereits bereits erreicht. Einer weiteren Erhöhung, die Umschichtung nach dem Gesichtspunkte des allgemeinen Verbrauches und des Luxusverbrauches zu treffen, stehen erhebliche technische Schwierigkeiten entgegen.
7. Um der Kreditnot zu wehren, unter der die Landwirtschaft und sogar die landwirtschaftlichen Großbetriebe leiden, regten die Gewerkschaften Kreditmassnahmen an, nicht auf Kosten aber doch unter Garantie der Reichsregierung, um der Landwirtschaft die nötigen Gelder zur Durchführung einer intensiven Wirtschaft im Reichweite zur Verfügung zu stellen. Vielleicht können dann die Kreditfonds der Landwirtschaftsstelle oder ähnliche Gelder Verwendung finden.

- II. Innerpolitische und wirtschaftliche Maßnahmen.
1. Maßnahmen zur hinreichenden Versorgung mit Brotstoffen. Stärkere Überwachung des Viehhandels und Fleischverkehrs. Dabei wurde auch angeregt, endlich mit dem Brauch zu brechen, daß die Krambrotler der Viehhändler nach dem Preis berechnet wird, wodurch die Viehhändler unmittelbar an der Preissteigerung interessiert werden.
2. Verbot der Herstellung von Trinkbranntwein, eventuell Verbot der Verwendung von Kartoffeln, Gerste, Weizen, Reis und sonstiger zur menschlichen Ernährung geeigneten Produkten zur Herstellung von Branntwein. Hierbei wurde auch ein vollständiges Alkoholverbot in Antrag gebracht.
3. Einschränkung der Bierbrauerei. Verbot der Verteilung von Bier mit mehr als 8 Prozent Stammwürze. Strenges Verbot der Verwendung von Zuckerrüben zur Bierbrauerei.
4. Wiedereröffnung der öffentlichen Bewirtschaftung des Saftes. Verbot der Verwendung von Zucker zur Herstellung von Konfitüren, Likören, Schäumen, Schäumen und Obstweinen, Einschränkung des Zuckerverbrauchs bei der Herstellung von sonstigen Genussmitteln und Backwaren, Begrenzung der Verteilung von Kuchengebäck, Marmelade und Obstkonfitüren.

Die Abreise.

Berlin, 26. August. Amlich wird mitgeteilt: Die offiziellen Besprechungen zwischen Sir John Bradbury und dem Reichsminister der Finanzen sind am letzten Montag begonnen worden, wurden heute zu Ende geführt und die Vertreter der Reparationskommission sind nach Paris zurückgekehrt. Obwohl man nicht sagen kann, daß diese Verhandlungen bis jetzt ein positives Ergebnis gehabt haben, so sind doch verschiedene Anregungen geäußert worden. Die Vertreter der Reparationskommission glauben jetzt in der Lage zu sein, der Reparationskommission über die gegenwärtige Lage Deutschlands Auskunft zu geben, was der hauptsächlichste Zweck ihrer Reise nach Berlin war sowie insbesondere die Reparationskommission über die oben erwähnten Anregungen zu unterrichten.

Die Herren Sir John Bradbury und Mauciere haben gestern nachmittag Berlin wieder verlassen und eine amtliche Rundgebung berichtet über den Verlauf ihrer Besprechungen mit den deutschen Regierungsstellen sowie über den Charakter ihrer Abreise. Es ist üblich, daß solche Verlautbarungen im beiderseitigen Einverständnis formuliert werden, und man kann darum die amtliche deutsche Mitteilung für zutreffend halten. Natürlich werden die französischen Agenturen und Korrespondenten auch über besonderen Interpretationen drahlen, aber es scheint wirklich nicht nötig zu sein, sich darüber besonders aufzuregen.

Der deutsche Vorschlag.

Berlin, 26. August. In der Frage der Holz- und Kohlenlieferungen an die Entente wird jetzt aus der Beratung mit den Kommissionsmitgliedern noch bekanntgegeben: Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, eine völlig gleichwertige und in ihrer Wirkung unmittelbare Siderung für die Holz- und Kohlenlieferung dadurch zu schaffen, daß für die festzusetzenden Liefermengen zwischen den Industrien von Kohlen und Holz und dem Reich Lieferungsverträge abgeschlossen werden, welche die Höhe der Verpflichtungen des Reiches aus dem Holz- und Kohlenprogramm garantieren. Die Industrien werden in der Lieferungen unter Konventionstrafe angehalten, so daß der Gegenpart, dem das Reich verpflichtet ist, keine Sicherheit in der Verpflichtung der Lieferanten haben würde. Die Regierung hat, um diesem Gedanken Nachdruck zu geben, sich den nötigen Rückhalt in den in Betracht kommenden industriellen Kreisen gesichert. Diese sind bereit, denartige Lieferungsverträge für die Dauer eines Moratoriums zunächst bis zum Ende des Jahres abzuschließen.

Kabinettsrat.

Berlin, 26. August. Reichspräsident Ebert empfing heute vormittag den Reichsminister Dr. Seemes, der ihm über den Stand der Verhandlungen mit der Repto Bericht erstattete. Um 10½ Uhr begann im Anschluß an diesen Vortrag beim Reichspräsidenten eine Kabinettsitzung, in der die weiteren Beschlüsse bezüglich der gestern eingeleiteten vorläufigen Vereinbarungen gefaßt wurden. Es ist anzunehmen, daß das deutsche Memorandum, in dem die neuen deutschen Vorschläge eingehend begründet und abgemessen feigelegt werden sollen, der Kommissionsmitgliedern nach Paris zu Händen der Reparationskommission telegraphisch noch heute übermittelt werden wird.

Die neuen deutschen Forderungen werden von Pariser Zeitungen als „Erneuerung für Frankreich“ bewertet! England beherrscht das Meer, Deutschland die Luft und Frankreich die Erde, wobei es sich in den Luft. Die ewige Angst vor der Zukunft ist auch eine Frucht der nationalitätlichen Habseligkeit Poincares.

Heuliger Stand des Dollars 1797!

Die Abreise.

Die Herren Sir John Bradbury und Mauciere haben gestern nachmittag Berlin wieder verlassen und eine amtliche Rundgebung berichtet über den Verlauf ihrer Besprechungen mit den deutschen Regierungsstellen sowie über den Charakter ihrer Abreise. Es ist üblich, daß solche Verlautbarungen im beiderseitigen Einverständnis formuliert werden, und man kann darum die amtliche deutsche Mitteilung für zutreffend halten. Natürlich werden die französischen Agenturen und Korrespondenten auch über besonderen Interpretationen drahlen, aber es scheint wirklich nicht nötig zu sein, sich darüber besonders aufzuregen.

In der amtlichen Mitteilung befindet sich zunächst die Feststellung, daß die Besprechungen zu Ende geführt worden sind. Wenn Worte einen Sinn haben, dann kann das nur bedeuten, daß die in ihrem begrenzten Zwecke geführten Beratungen ein normales Ende gefunden haben. Der Bericht stellt fest, daß bis jetzt ein positives Ergebnis gegeben und geprüft werden. Besonders wichtig ist die weitere Feststellung, daß der hauptsächlichste Zweck der Reise der Entente-Abgeordneten der war, sich über die gegenwärtige Lage Deutschlands zu unterrichten. Die Vertreter der Reparationskommission glauben jetzt in der Lage zu sein, der Reparationskommission darüber umfassende Auskünfte geben zu können, sowie die Reparationskommission über die „Anregungen“ zu unterrichten. Offenbar handelt es sich bei diesen Anregungen um die „Gegenorschläge“, von denen besonders in der Pariser Presse die Rede war.

Es stellt sich heraus, daß diese Anregungen von den Ententevertretern nicht abgelehnt worden sind, wie selbst gewisse Berliner Nachrichten behaupteten. Aus der ganzen Situation Deutschlands und den Zuständen in den gegenwärtigen Ländern, besonders in Frankreich, ergibt sich, daß die Lage nach wie vor nicht leicht ist. Aber gerade in einer solchen Atmosphäre ist es schon wichtig, wenn kein Abbruch der Verhandlungen erfolgt. Die deutschen Anregungen sind ferner von erster Bedeutung. Das geht schon daraus hervor, daß über sie eine besondere Kabinettsitzung unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten stattgefunden hat. Nach dieser Kabinettsitzung hat der Reichsminister die Angelegenheiten der Reparationskommission erneut empfunden. Der Besprechung haben der Reichsminister, der Reichsminister und Staatssekretär Bergmann beigewohnt. In der Sache hat der Vertreter der Reparationskommission sich erklärt, die deutschen Anregungen der Reparationskommission allenfalls entgegen, aber ob man noch deutsche Sachverhalte für gewisse detaillierte Auskünfte hinzugehen wird, scheint noch nicht festzustehen. Ueber den Charakter der deutschen Anregungen verläuft offiziell und offiziell gar nichts. Aber man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß Deutschland eine Atempause für sich anregt hat, die allmählich bis zum Ende des Jahres dauern muß. In dieser Zwischenzeit verlangt die Entente Garantien. Da der Rept der Besprechungen Belgien hätte zugute kommen müssen, so würden sich gerechtfertigte die Garantien darauf beschränken müssen, Belgiens Ansprüche irgendwie sicherzustellen. Frankreich fordert auf Grund des Friedensvertrages Rohle und Holz, die es auch erhalten wird. Aber auch ihm wird man wohl eine hoffentlich für uns erträgliche Sicherheit angeboten haben. Aus den Verhandlungen der Reparationskommission, die am Montag wieder zusammentritt, dürfte man erfahren, um welche Art der Sicherheit es sich handelt, die man Frankreich gegeben hat.

Es ist nur zu hoffen, daß die Vorkentze zu Beginn der neuen Woche nicht wieder in die alte Nervosität zurückfallen. Der Abbruch der Berliner Verhandlungen hat erzwungen, daß die Vertreter am Donnerstag völlig unbedeutend gewesen sind. Tatsächlich dürfte denn auch gestern der Dollar um 2600 Mark plötzlich auf 1820 Mark herabsinken. Selbstverständlich ist auch in diesem Falle zum Ausdruck kommende Unterbewertung der Mark noch möglich und unerwünscht. Die währungsinnige Situation ist nur entstanden durch die irrtümlichen Gerüchte, die täglich herumgetragen wurden. In erster Linie trägt die Schuld daran die französische Presse. Es ist verblüffend, daß von amtlicher deutscher Seite Herr Potocars eine Antwort gegeben wird, aber man hätte

